

Zum Einzelplan 08 gehört auch der Aufgabenbereich Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik. Einmal von den Änderungsanträgen, die Ihnen heute zur 2. Lesung aus diesem Teil des Einzelplans vorliegen und auf die ich später zurückkomme, abgesehen, will ich zunächst eines feststellen: In der rot-roten Regierung und speziell in der Ressortverantwortung für die Europa- und Entwicklungspolitik hat die Linke für die Öffentlichkeit nachvollziehbare Veränderungen vollzogen. Auch wenn es die eine oder andere offene Frage gibt, der wir uns in Zukunft verstärkt widmen müssen - die stärkere Unterstützung des Landes im Bereich des Entwicklungspolitischen Netzwerkes gehört dazu -, ist dies aus unserer Sicht aber das Normalste der Welt. Es ist sozusagen Alltag, wenn man politische Verantwortung trägt. Die müssen wir natürlich wahrnehmen und innerhalb der Koalition darüber reden.

Die in der Europapolitik gegenwärtig zentralste Frage ist die der Vorbereitung der neuen EU-Förderperiode. Der Landtag hat dies auf Antrag der Koalitionsfraktionen im Frühjahr mit seinem Beschluss „Fonds der Europäischen Union - auch in der Förderperiode 2014 bis 2020 Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung Brandenburgs!“ deutlich unterstrichen: Der Einsatz der europäischen Strukturfonds und der Finanzierungsinstrumente für die Gemeinsame Agrarpolitik hat in der Vergangenheit einen maßgeblichen Beitrag zur Reduzierung wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede zwischen Mitgliedsstaaten und Regionen innerhalb der EU geleistet. Durch die EU-Fonds wurde die Entwicklung spürbar vorangetrieben, wurden die Rückstände zu den entwickelten europäischen Regionen reduziert. Die Erneuerung der Infrastruktur, die Förderung von Forschung und Entwicklung und ein Großteil der Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - auch in unserem Land - wären ohne EU-Mittel nicht möglich gewesen.

Mit diesem Landtagsbeschluss haben wir unterstrichen, dass wir diese Mittel auch in Zukunft benötigen. Dabei ist uns klar, dass es auf jeden Fall Kürzungen der EU-Mittel aufgrund des erreichten Entwicklungsstandes geben wird. Das jedoch, was gegenwärtig in Brüssel hinsichtlich der Finanzplanung von 2014 bis 2020 debattiert wird, würde für Brandenburg kaum verkraftbare Probleme bringen. Eine Reduzierung des Ansatzes der Europäischen Kommission für die Jahre 2014 bis 2020 um 300 oder sogar noch mehr Millionen Euro, wie das einige Mitgliedsstaaten fordern, würde in den gegenwärtigen deutschen Übergangsregionen - in den ostdeutschen Flächenländern genauso wie zum Beispiel im Regierungsbezirk Lüneburg in Niedersachsen - regelrechte Einbrüche bei der Förderung bedeuten.

Dass der Ministerpräsident und der Europaminister in Berlin und Brüssel für unsere Interessen streiten, begrüßen wir ausdrücklich. Zugleich benötigen wir aber auch ein deutliches Signal aus dem Bundestag. Es geht bei dieser Frage nicht nur darum, dass Deutschland so wenig wie möglich zahlt, sondern darum, die erfolgreiche Entwicklung von strukturschwachen Regionen in der Bundesrepublik auch und gerade mit EU-Mitteln weiter zu stützen. Diesbezüglich können wir alle bei unseren Partnerfraktionen im Deutschen Bundestag die Bereitschaft zu einer klareren Positionierung befördern.

Mit dem vorliegenden Einzelplan und den dazu in den Ausschüssen beschlossenen Anträgen haben wir aus der Sicht unserer Fraktion eine solide Grundlage für die Europa- und Entwicklungspolitik in den kommenden zwei Jahren gelegt. Und

ja, wir freuen uns, dass es uns gelungen ist, neben den Mitteln für die drei Partnerschaftsbeauftragten in Polen und Rumänien nunmehr auch Mittel für ein Verbindungsbüro in Szczecin in den Haushalt einzustellen. Auch die Nachsteuerung bei den Personalmitteln der Verwaltungsbehörde für den Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung ist sinnvoll. Zusammen mit der unter dem Einzelplan des Landtages bereits diskutierten und beschlossenen Einrichtung der Kontakt- und Informationsstelle des Landtages in Brüssel haben wir als Landtag Akzente gesetzt, die die Haushaltsplanung der Landesregierung sinnvoll ergänzen. - Danke.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

#### **Vizepräsidentin Große:**

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Meier. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Frau Abgeordnete Richstein hat das Wort.

#### **Frau Richstein (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute fiel schon mehrfach das Wort von der Konzeptlosigkeit, und dieses ist leider auch auf die Europapolitik des Landes anzuwenden.

(Domres [DIE LINKE]: Sehr überraschend jetzt!)

Von dieser Konzeptlosigkeit möchte ich ausdrücklich die Mitarbeiter ausnehmen. Danken möchte ich der Crew auf der Arbeitsebene der Landesvertretung in Brüssel, in der Europaabteilung im Ministerium, aber auch im Ausschussdienst des Landtages. Es ist aber schwierig für eine Crew, eine Peilung beizubehalten, wenn weder Steuermann noch Kapitän, sprich: Minister oder Ministerpräsident, einen Kurs vorgeben. Da ist es nicht hilfreich, wenn ich mir anschau, wie der Ministerpräsident auf europäischer Ebene teilweise agiert. Wir müssen nämlich feststellen, dass es seit Beginn der Legislaturperiode keinen Besuch des Ministerpräsidenten in Brüssel gab. Es gab lediglich Anfang November, quasi fünf Minuten vor zwölf, einen kleinen Versuch, im Schlepptau von Herrn Tillich, im Rahmen einer einmaligen Visitation die Interessen Brandenburgs in Brüssel durchzusetzen und alles glattzuziehen. Bei diesem Besuch in Brüssel hat der Ministerpräsident wohl gelernt, dass es im Moment mit den Haushaltsberatungen für die nächste Förderperiode nicht ganz so einfach ist.

Es ist dann auch nicht hilfreich, ein Szenario heraufzubeschwören, wie Sie es getan haben, Herr Ministerpräsident: nämlich am Tag des EU-Sondergipfels ein Bild zu zeichnen, dass es für das Land Brandenburg verheerend sei, wenn just an diesem Tag keine Einigung herbeigeführt werden könne. Wir haben es erlebt: Der EU-Sondergipfel ist gescheitert. Die Staats- und Regierungschefs sind gelassen. Es wird Neuverhandlungen geben, es wird weiterhin mehrjährige Förderperioden geben. Mit diesem Schreckensszenario machen Sie wirklich keine verantwortungsvolle Europapolitik.

(Beifall CDU)

Mit solchen Horrorbildern schüren Sie eher Euroskepsis, Resentiments und führen zu Politikferne.

Konzeptlosigkeit stelle ich auch fest. Herr Homeyer hat es schon angesprochen, was die Repräsentanz in Stettin anbelangt. Ich möchte jetzt gar nicht auf die Diskussion eingehen, welcher Standort günstiger wäre, Warschau oder Stettin. Sie, Herr Minister, haben uns aber im letzten Jahr hier im Plenum bei den Haushaltsberatungen mit der Aussage überrascht, Sie wollten eine solche Repräsentanz einrichten. Vorher im Ausschuss hatten Sie uns nicht darüber unterrichtet. Sie sagten vor einem Jahr, es solle im Frühjahr des nächsten Jahres eröffnet werden. Wenn ich das im Jahr 2011 sage, dann ist das nächste Jahr 2012. Wir haben heute noch keine Repräsentanz, und wir sehen auch nicht, dass sie in absehbarer Zeit wirklich kommt und sie danach handlungsfähig ist.

Im Rahmen dieser ganzen Konzeptlosigkeit in der Europapolitik, machen wir uns jetzt zum Glück seitens des Landtags ein Stück unabhängig von dem Europablick der Landesregierung. Denn wir richten eine Beobachterstelle des Landtages ein. Ich kann mich Herrn Krause, der noch da ist, anschließen, wenn er sagt, er freue sich darüber. Sie hätten sich aber schon vor einem Jahr freuen können, wenn Sie damals unserem Antrag zugestimmt hätten, diese Stelle einzurichten.

(Beifall CDU)

Das Jahr 2012 war entscheidend für die Vorbereitung auf die neue Förderperiode. Es hätte uns als Landtag sehr gut zu Gesicht gestanden, wenn wir schon im Jahre 2012 einen Beobachter in Brüssel gehabt hätten.

Die Konzeptlosigkeit geht aber weiter, wenn wir uns den Bereich der Entwicklungspolitik anschauen. Wir müssen leider feststellen, dass der neu geschaffene Titel, mit dem Sie sich immer schmücken, letztlich doch nur ein entwicklungspolitisches Feigenblatt ist. Sie haben in diesem Jahr - dafür gibt es drei Fleißpunkte - die entwicklungspolitischen Leitlinien erarbeitet. Sie fußen auf der Umsetzung eines Beschlusses der Ministerpräsidenten - Herr Platzeck, zu dem Zeitpunkt waren Sie ja schon mit dabei -, in dem es heißt: „Zukunftsfähigkeit sichern - Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“. Das Problem ist nur, dass Sie sich scheuen, die Leitlinien auch umzusetzen. Sie wissen, dass die Bundesregierung in Umsetzung dieses Beschlusses plant, die Länder an der Finanzierung zu beteiligen.

Hier zeigt sich nicht nur die Konzeptlosigkeit, sondern auch die Uneinigkeit der Regierungsfractionen. Nachdem nämlich der VENROB darauf hingewiesen hatte, dass das Land Brandenburg immer noch nicht dafür gesorgt hat, die Kofinanzierung in den Haushalt einzustellen, hörten wir in der Ausschusssitzung dann doch die sehr mutige Aussage von Frau Meier, Sie wolle dafür sorgen, dass die Finanzierung gesichert wird. Es wurde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Antrag geschrieben, aber dann doch von der Regierung, auch von Ihnen, den Linken, abgelehnt. Deswegen würde es mich freuen, wenn sich die Regierungsfractionen wieder ein Stück näher kämen und sich einig würden, dass die Landesregierung besser an ihren Konzepten und deren Umsetzung arbeitet. Dann klappt es vielleicht auch mit einer guten Europapolitik. Vielleicht klappt es dann auch mit einer guten Haushaltspolitik.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

### Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Richstein. - Bevor wir zur Abstimmung kommen, würde ich Ihnen, meine Damen und Herren, gerne bekanntgeben, wie viel Redezeit Sie verbraucht haben, damit Sie sich bei der nächsten und der morgigen Debatte darauf einstellen können. Wir werden heute noch den Haushalt des Einzelplans 05 erörtern. Morgen beginnen wir mit dem Haushalt des Einzelplans 06.

Ich nenne Ihnen jetzt die Redezeiten, wie sie hier auf der Liste stehen: Die CDU hat inzwischen 48 Minuten und 26 Sekunden verbraucht, die SPD hat 30 Minuten und 25 Sekunden. Die FDP hat 46 Minuten und 42 Sekunden Redezeit in Anspruch genommen. Die Linke hat 41 Minuten und 49 Sekunden verbraucht, und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 49 Minuten und 45 Sekunden. Die Landesregierung liegt bei 41 Minuten und 50 Sekunden. Es hat sich also in etwa angenähert, die CDU ist Spitzenreiter im Verbrauch von Redezeiten.

(Zuruf: Nein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!)

- Die CDU hat 53 Minuten und 59 Sekunden in Anspruch genommen; das habe ich vorhin falsch angesagt, ich hatte die Redezeit von Frau Richstein noch nicht dazugerechnet.

Jetzt können Sie sich auf die noch zur Verfügung stehenden Redezeiten einstellen. Ich bitte nun um Konzentration für das kommende Abstimmungsverfahren zu den Änderungsanträgen. Die Titel werde ich dazusagen, Sie müssen sich aber schon konzentrieren, um richtig abzustimmen.

Zum Einzelplan 08 ist zuerst abzustimmen über den Änderungsantrag in der Drucksache 5/6501, eingebracht durch die FDP-Fraktion. Es geht um Kapitel 08 050 Titelgruppe 61 Titel 683 61, Stichwort: „Forschung & Entwicklung in KMU, Innovationsassistent“. Die Ansätze für die Jahre 2013 und 2014 sollen erhöht werden. Wer diesem Änderungsantrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Ich sehe keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Änderungsantrag, Drucksache 5/6541, eingebracht durch die CDU-Fraktion. Es geht um Kapitel 08 050 Titelgruppe 61 Titel 892 61, Stichwort: „Kofinanzierung der GRW-Bundesmittel“. Die Ansätze für die Jahre 2013 und 2014 sollen erhöht sowie ein neuer Haushaltsvermerk ausgebracht werden. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Enthaltungen sehe ich nicht. Der Antrag ist mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.

Drittens stimmen wir ab über den Änderungsantrag, Drucksache 5/6502, eingebracht durch die FDP-Fraktion. Es geht um Kapitel 08 050 Titelgruppe 62 Titel 683 62, Stichwort: „Technologie, Innovation“. Beantragt wird die Erhöhung des Ansatzes für die Jahre 2013 und 2014. Wer diesem Änderungsantrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Keine Enthaltungen, mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Viertens kommen wir zum Änderungsantrag in der Drucksache 5/6528, eingebracht durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es geht um Kapitel 08 050 Titelgruppe 94 Ti-